



Pressemitteilung

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e.V.

Pressereferat

Nr. 09

München, den 13.03.2007

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@blv.de
www.blv.de/aktuelles/presse

Hohe Pensionierungsrate ist ein Alarmzeichen

BLLV-Präsident Dannhäuser fordert, bei Festlegung der Altersgrenze das 65. Lebensjahr zu belassen / „Der Lehrerberuf ist ein Verschleißberuf“

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

München - Als alarmierend hat der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Albin Dannhäuser, die Tatsache bezeichnet, dass wieder mehr Lehrerinnen und Lehrer aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Pension gehen müssen. „Der Lehrerberuf ist ein Verschleißberuf, der in hohem Maße psychisch wie physisch belastend ist. Das gesellschaftliche Umfeld von Kindern und Jugendlichen hat sich massiv verändert. Lehrerinnen und Lehrer müssen immer mehr Aufgaben übernehmen, aus denen sich andere Institutionen abgemeldet haben.“

Die Belastungen der Lehrerschaft sind inzwischen so enorm, dass es viele Betroffene vorziehen auf Teilzeitbasis zu arbeiten und so relativ hohe finanzielle Einbußen in Kauf nehmen. Vor diesem Hintergrund bezeichnete es der BLLV-Präsident als „abwegig“, das Pensionsalter generell auf das 67. Lebensjahr anzuheben. Er forderte, die Altersgrenze für Lehrerinnen und Lehrern nach wie vor beim 65. Lebensjahr zu belassen. Außerdem müssten die Arbeitsbedingungen an allen Schulen erheblich verbessert werden. Erneut forderte er, das Arbeitsschutzgesetz im Lehrerberuf gelten zu lassen.

Vorzeitige Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit verursachen jährlich Kosten in dreistelliger Millionenhöhe. Präventionsarbeit hat daher im BLLV hohen Stellenwert: das im November 2005 neu gegründete „Institut für Gesundheit in Pädagogischen Berufen“ (IGP) verfolgt das Ziel, die hohe Zahl vorzeitiger Pensionierungen zu senken. Derzeit finden in allen Bezirken Bayerns die BLLV-Gesundheitstage statt, die Nachfrage ist groß.

Der BLLV hat schon viel auf den Weg gebracht“, erklärte Dannhäuser. In mehreren Initiativen habe man Diskussionen und Berichterstattungen im Bayerischen Landtag angestoßen und Netzwerke zwischen namhaften Arbeitsmedizinern, Arbeitspsychologen, Kliniken und Krankenkassen initiiert. „Auch die Politik ist gefordert“, stellte er fest, „allerdings entsteht der Eindruck, dass lieber die extrem hohen Folgekosten in Kauf genommen werden, anstatt mit dem Geld präventiv in Schulen, mehr Lehrerstellen und verbesserte Arbeitsbedingungen wie kleinere Klassen zu investieren. ♦